

Online-Fachgespräch

Die Klimakrise ist eine globale Gerechtigkeitskrise!

Auswirkungen des Klimawandels in Zentralamerika und
die Debatte um internationale Klimafinanzierung

Datum/Zeit: Mo., 20.06.2022, 18:00 – 20:00 Uhr

Online via Zoom mit Facebook-Livestream (O-Ton) / Simultanverdolmetschung Deutsch -Spanisch

Anmeldung zur Teilnahme per Zoom: koordination@rt-za.de



Mit:

Adrián Martínez Blanco (Director y Fundador de La Ruta del Clima / Costa Rica)

Reinhard Palm (BMZ - Referatsleitung i.V. Unterabteilung 42: Referat 420 -
Klimapolitik)

Moderation: Lisa Kirtz (CIR - Referentin für Klimagerechtigkeit)



Für die Menschen in den zentralamerikanischen Ländern Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama sind Extremwetterereignisse schon lange bittere Realität. Zentralamerika zählt zu jenen Regionen im Globalen Süden, die am stärksten von den drastischen Auswirkungen des vom Menschen verursachten Klimaerhitzung betroffen sind und diesen am wenigsten entgegenzusetzen haben – gleichsam aber am wenigstens Verantwortung für die globale Klimakrise trägt. Die Hauptverursacher (historisch und bis heute) sind die (Industrie)Länder des Globalen Nordens.

Wie besonders betroffene Länder und Regionen von der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit klimabedingten, nicht mehr vermeidbaren Verlusten und Schäden („losses and damages“) unterstützt werden können, ist seit langem ein (kontroverses) Thema der internationalen Klimaverhandlungen unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC).

Mit diesem Fachgespräch wollen wir zunächst die Dimensionen der klimabedingten Verluste und Schäden und deren konkrete Auswirkungen für die zentralamerikanische Bevölkerung bekannter machen. Daran anknüpfend soll den Forderungen und Lösungsansätzen der Zivilgesellschaft des Globalen Südens im Kampf für mehr Klimagerechtigkeit und im Umgang mit Verlusten und Schäden Gehör verschafft werden. Außerdem geht es darum, im Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen die Notwendigkeit herauszustellen, Verluste und Schäden als dritte Säule der internationalen Klimafinanzierung gleichwertig zu berücksichtigen. Zudem wollen wir bilanzieren, ob es dahingehend während der Bonn Climate Change Conference (06. bis 16. Juni) Fortschritte gegeben hat und welche Ziele die Bundesregierung während der COP27 verfolgen wird.

Veranstaltet von den folgenden Mitgliedsorganisationen des **Runden Tisches Zentralamerika (RT-ZA)**:



Hintergrund:

Die Hochwasserkatastrophe in Teilen Deutschlands im Sommer 2021 hat uns auch hierzulande vor Augen geführt, welche verheerende Auswirkungen sogenannte Extremwetterereignisse haben können. Für die Menschen in den zentralamerikanischen Ländern Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama sind sie schon lange bittere Realität. Durch den globalen Klimawandel bedingte Extremwetterereignisse wie Tropenstürme, Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen treffen die Region durchschnittlich zehnmal pro Jahr. Die Länder Zentralamerikas zählen zu jenen Regionen im Globalen Süden, die am stärksten von den drastischen Auswirkungen des vom Menschen verursachten Klimawandels betroffen sind und diesen am wenigsten entgegensetzen haben – gleichsam aber am wenigstens Verantwortung für die globale Klimakrise tragen.

Die dafür (historisch und bis heute) verantwortlichen Hauptverursacher sind die (Industrie)Länder des Globalen Nordens, die umgehend alle nur erdenklichen Maßnahmen ergreifen und eine grundlegende sozio-ökologische Transformation vollziehen müssen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Klimagerechtigkeit kann jedoch nur erreicht werden, wenn diese Länder den ärmsten und verwundbarsten Ländern des Globalen Südens gegenüber auch verbindliche Finanzausgaben zur Kompensation klimabedingter Schäden und Verluste machen, also den negativen Auswirkungen des Klimawandels, die nicht durch Klimaschutz oder -anpassung verhindert werden können oder wurden. Wie diese Länder und Regionen von der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit nicht mehr vermeidbaren Verlusten und Schäden (finanziell) unterstützt werden können, ist seit langem ein (kontroverses) Thema der internationalen Klimaverhandlungen unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Auf der UN Klimakonferenz 2021 in Glasgow (COP26) gab zwar Schottland bekannt, dass es eine Million Britische Pfund in einen Fond für Verluste und Schäden einzahlen werde, doch andere Länder wie die USA und Deutschland sowie die EU folgten diesem Beispiel nicht.

Anlässlich der Ende Februar 2022 erfolgten Verabschiedung des zweiten Teilberichts des Weltklimarates IPCC zu den Auswirkungen des Klimawandels teilte das BMZ in einer Pressemitteilung allerdings mit, dass Deutschland sein Engagement für die Absicherung der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder ausweiten werde. „Die deutsche Entwicklungspolitik wird die verwundbarsten Länder künftig noch stärker bei der Bewältigung von Wetterextremen oder Folgen des Klimawandels unterstützen.“

Zusammen mit den G7-Staaten will die Bundesregierung einen globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken schaffen, und die globale Architektur der Klimarisikofinanzierung und -versicherung für die ärmsten und verwundbarsten Menschen und Länder stärken und weiterentwickeln", so Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze. Der schlussendlich Anfang April dieses Jahres veröffentlichte (komplette) neue Sachstandsbericht des IPCC hat nochmals verdeutlicht, dass jetzt konsequent und umfassend gehandelt werden muss, um die schlimmsten Folgen der globalen Klimakrise einzudämmen. Fast die Hälfte der Menschheit lebt gegenwärtig in einem Umfeld, das hoch verletzlich gegenüber den Folgen des Klimawandels ist, bilanziert der Bericht.

Vor diesem Hintergrund wollen wir gemeinsam mit unseren Referent*innen in den Blick nehmen, welche klimabedingten Verluste und Schäden es in Zentralamerika gibt und welche konkreten Auswirkungen das für die Bevölkerung hat. Auch in dieser Region des Globalen Südens steht der Begriff und Umgang mit Verlusten und Schäden im Mittelpunkt des politischen Kampfes für Klimagerechtigkeit. So gilt es auch, den darauf bezogenen Forderungen - bspw. nach Entschädigungszahlungen aus dem Globalen Norden - und Lösungsansätzen aus Zentralamerika Gehör zu verschaffen.

Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, wie diese klimabedingten Verluste und Schäden in Finanzierungsmechanismen der bestehenden UNFCCC-Finanzarchitektur integriert werden können, um Länder des Globalen Südens verantwortungsvoll zu unterstützen – und ob dahingehend Fortschritte während der gerade vom 6. bis 16. Juni 2022 absolvierten „Bonn Climate Change Conference“ als Vorbereitung auf die COP27 erreicht werden konnten. Es geht dabei um sehr viel Geld aus den Industrieländern, das explizit nicht für Klimaschutz oder für die Anpassung an die Folgen der Klimakrise, sondern für die Bewältigung von nicht mehr abwendbaren Verlusten und Schäden mobilisiert und zur Verfügung gestellt werden muss. Denn angesichts der Tatsache, dass die Hoffnung auf eine Welt unter 1,5°C schwindet, müssen Verluste und Schäden als dritte Säule der Klimamaßnahmen gleichwertig berücksichtigt werden. Dieser Herausforderung muss sich auch Deutschland stellen.